

Klimawandel in Peru – alle zwei Minuten ein Fussballfeld Wald weniger

von **Markus Rosenberger**

Beängstigende Zahlen

Peru mit seinen 27 Millionen Einwohnern trägt mit etwa 0,4 % nur wenig zu den globalen Klimabelastungen bei. Der Beitrag entspricht ungefähr den Anteilen Dänemarks oder Neuseelands, die jedoch daraus ein vier- bzw. fünffach höheres Bruttoinlandsprodukt erzielen. Ungefähr die Hälfte des peruanischen Beitrages resultiert aus der Entwaldung. Nach Aussagen des nationalen Instituts für natürliche Ressourcen, INRENA, wird alle zwei Minuten die Fläche eines Fußballfeldes entwaldet.

Andererseits wird Peru unter den Konsequenzen besonders leiden. Nach einer Studie des “Tyndall Centre for Climate Change Research” ist Peru das drittempfindlichste Land gegenüber den klimabedingten Veränderungen. Die Naturkatastrophen haben sich zwischen 1990 und 2000 versechsfacht. Laut CONAM, dem nationalen Rat für Umweltfragen, waren sieben von zehn dieser Naturkatastrophen klimabedingt und lassen eine Verschärfung durch den Klimawandel befürchten.

Ein Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit Perus basiert auf Landwirtschaft, Fischerei und Viehzucht und ist deshalb durch Klimaveränderungen besonders gefährdet. Insbesondere die wachsende Häufigkeit des Phänomens „El Niño“ drückt die Bedrohungslage für Peru aus. Der „Niño“ des Jahres 1997/98 hat in Peru zu Schäden von 3,5 Milliarden US-Dollar geführt. Das entspricht etwa 4,5 % des Bruttoinlandsproduktes.

Die Anden-Gletscher haben in den letzten 25 Jahren 22 % ihrer Substanz verloren. Diese dramatische Zahl entspricht dem zehnfachen des Jahresverbrauches an Wasser der 8-

Millionen-Stadt Lima. Derzeit wird das Gletscherabschmelzen als willkommene Erhöhung des Zuflusses aus den Bergen in die trockenen Küstenregionen wahrgenommen. Nach Abschmelzen der Gletscher, die eine bedeutende Speicherfunktion für Süßwasser innehaben, werden dann jedoch die aus den Bergen in die Küstenwüste abfließenden Wassermengen dramatisch zurückgehen. Über 90 % der peruanischen Bevölkerung leben in den Trockengebieten und werden deshalb die Konsequenzen zu tragen haben.

Die politische Wahrnehmung

Der politische Diskurs zum Klimawandel unterscheidet sich kaum vom politischen Diskurs anderer Umweltthemen in Peru: Es gibt bei wichtigen Akteuren der Umweltinstitutionen durchaus eine detaillierte Wahrnehmung der Probleme und der generellen Handlungsnotwendigkeiten. So verfügt der bereits erwähnte CONAM als zentrale Umweltinstitution der Regierung sogar über eine eigene Website zum Klimawandel <http://www.conam.gob.pe/cambioclimatico/index.asp>. In der Öffentlichkeit wird das Thema Klimawandel jedoch nur sehr wenig beachtet. Eine öffentliche Diskussion etwa als Folge auf den Stern-Bericht oder den IPCC-Bericht war nicht festzustellen.

Die staatliche Politik konzentriert sich derzeit eindeutig auf Anpassungsmaßnahmen, bei denen die regionalen und lokalen Klimaszenarien erkannt, die aktuellen und künftigen Verwundbarkeiten identifiziert, die Anpassungsvorschläge entwickelt und in die Planung und das Management der regionalen und lokalen Politiken integriert werden sollen.

In den Wassereinzugsgebieten des Mantaro in der Region Junín, des Urubamba in der Region Cuzco, des Río Piura und in der Region Piura wurde diesem Konzept mit Mitteln der Weltbank bereits gefolgt. Weitere Projekte befinden sich in der Vorbereitung.

Im Verhältnis zu den Handlungsnotwendigkeiten erscheinen die bisherigen Schritte jedoch unzureichend. Die Verteilung der Umweltzuständigkeiten auf diejenigen Institutionen, die für Umweltbelastungen verantwortlich sind und die schwache personelle und institutionelle Rolle von CONAM führen dazu, dass im praktischen Handeln zu wenige Konsequenzen erkennbar sind.

Besonders deutlich wird das bei der für die Klimabelastung bedeutsamen Politik zur Entwaldung. Etwa zwei Drittel der Landesfläche Perus besteht aus tropischem Regenwald im Amazonasbecken. Diese Fläche ist mit ungefähr einer Million Einwohnern nur sehr dünn besiedelt. Entsprechend hoch ist der Siedlungsdruck auch aus den Andenregionen, der auch vor ausgewiesenen Schutzgebieten nicht Halt macht. Während aber die staatliche Institution INRENA im Landwirtschaftsministerium für den Schutz dieser Gebiete zuständig ist, verteilt das gleiche Ministerium Landtitel an diejenigen Siedler, die dort nachweisen können, Wald abgeholzt und zwei Jahre lang Landwirtschaft betrieben zu haben. Diese aus Gründen der Armutsbekämpfung verständliche Praxis wird so direkt zu einem – perversen - Anreiz zur Waldvernichtung. Die Infrastruktur für illegalen Holzeinschlag bahnt den ebenfalls illegalen Landbesetzungen dabei oft den Weg in die sonst recht unwegsamen Gebiete.

Während so auf der einen Seite zwar ein nationaler Plan zur Wiederaufforstung die Notwendigkeit der Wiederherstellung von abgeholzten Waldflächen u.a. auch zur Sicherung von Grundwasserressourcen beschwört, geht auf der anderen Seite der massive Waldverlust unter dem Druck der Armutsmigration praktisch ungebremst weiter.

Damit lässt sich beispielhaft das Grundproblem - vermutlich nicht nur der peruanischen - Klimaschutzpolitik erläutern. Die Klimabelastungen entstehen praktisch nie als Folge von Handlungen, die auf Klimaschädigung abzielen. Zumeist sind es durchaus legitime Absichten, die hinter den belastenden Aktivitäten stehen: Der Wunsch nach einem Stückchen Land, die wirtschaftliche Nutzung von Naturressourcen sowie der Wunsch nach Mobilität. Politisches Handeln müsste deshalb danach streben, die legitimen Ziele anzuerkennen und Strategien entwickeln, diese auf weniger schädlichem Wege zu erreichen. Dazu würde jedoch ein Maß von politischer Kohäsion gehören, welches in Peru nicht anzutreffen ist.